

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Drucknummer 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 18. Juli 1925 bei täglich einmaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einzelnummern 18 Pfennig. Die Anzeigen werden nach Gelddruck berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Pfg., für zweiwöchige 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 300 Pfg., Offertengeld 10 Pfg. Zusam. Schriftsatz gegen Voranschuss.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 33/40. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unautorisierte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Die Sachverständigen im Agrarausschuß.

Die Zusatzkredite für den Marokkfeldzug in der Pariser Kammer angenommen.

Die Regelung der Angestelltenversicherung im Sozialausschuß. — Verschärfte Streikunruhen in Hongkong.

Zölle und Handelsbilanz.

Berlin, 10. Juli. Der Agrarausschuß des Reichstages fehrte heute seine Verhandlungen über die Frage der geltenden Zölle, sowie im Zusammenhang der Zölle mit der Handelsbilanz und sonstigen technischen Fragen fort. Der Präsident des Statistischen Reichsamtes,

Wagemann,

referierte über die Frage des Zusammenhanges der Zölle mit der Handelsbilanz. Bei einem Steigen der Preise steige auch die Passivität der Handelsbilanz. Die Handelsbilanz folge im ganzen der Kapitalbildung. Nach der Stabilisierung habe notwendigerweise die Handelsbilanz passiv werden müssen, und zwar unter dem Zwange der Kapitalbildung. Der Vortragende warnt jedoch davor, in der Passivität an sich eine Gefahr zu sehen. In unseren Beziehungen zu Europa habe sich nach dem Kriege eine grundsätzliche Änderung vollzogen. Nach den Weltkriegen habe die Ausfuhr stark abgenommen. Dagegen sei die Einfuhr von dort eine viel größere geworden. Der Außenhandel spiegelt insbesondere die eingetretene Extensivierung ab.

Wenn eine solche Extensivierung schon für die Landwirtschaft bedenklich sei, so sei sie noch bedenklicher für die Volkswirtschaft.

Die Textileinfuhr habe besonders stark zugenommen. Auch bei den Eisenwaren sei es ähnlich. Verändert habe sich insbesondere die Struktur der Einfuhr.

Das äußerste Bedenkliche sei der starke Rückgang in der Einfuhr von Futtermitteln und auf der anderen Seite die unüberrückliche gesteigerte Einfuhr landwirtschaftlicher Kleinwarenfabrikate, wie Fein-, Gefrierfleisch usw. Früher habe man a. B. Mehl und Zucker eingeführt. Jetzt wird Mehl von außen bezogen und die Zuckerproduktion sei ebenfalls zurückgegangen. Interessant sei zu beobachten, wie die Handelsbilanz sich im Laufe der letzten Jahrzehnte gestaltet. Gerade in Zeiten der Krisen verringere sich die Passivität, im übrigen sei diese im Laufe der Jahre häufigen Schwankungen unterworfen.

Sachverständiger Kaiser

fest, daß unser Milch- und Butterkonsum jetzt größer als in Friedensjahren sei. Das, sowie der Umstand, daß wir trotz der auf ein Viertel des Vorkriegsstandes gesunkenen Futtermittelleinfuhr unsere Viehbestände auf über 80 Prozent des vorjährigen Umanfanges steigern konnten, beweist, daß wir lediglich mehr einheimische Getreide und einheimische Futtermittel verfrachtet haben. Dieser Umstand dokumentiert deutlich unsere Leistungsfähigkeit in der Futtermittelgewinnung und bedürfe für die Frage der Futtermittelzölle der größten Beachtung.

Sachverständiger Bonn

hat die Industriezölle für das Hauptproblem. Man könne nicht von einer drohenden Erhöhung des Preisniveaus sprechen. Wenn bloß eine einzige Kategorie durch den Zoll beiroffen werde, dann werde sich unter Umständen das durchschnittliche Preisniveau wieder einstellen wie vorher. Durch den Dawes-Plan wird bestimmt, daß Deutschland ein Preisniveau habe, das unter dem des Weltmarktes stehe. Im weiteren sei hier die Ursache zur Entspannung der Kreditstränge zu erblicken.

Prof. Warmbold

erklärt, er sei persönlich der Ansicht, daß es nicht gelingen werde, den gordischen Knoten, der unsere Wirtschaft allenthalben umgibt, auch nur etwas zu lockern. Die Kaufkraft der konsumierenden Bevölkerung sei geschwächt gegenüber der Vorkriegszeit. Die Konsequenz werde sein, daß wir die teureren Produkte, Milch, Fleisch usw. weniger konsumieren, dagegen Getreide und Kartoffeln mehr. Vereiteln wir unsere Landwirtschaft, so wird unsere eigene Kaufkraftfähigkeit überfordert. Es bestehe schon eine erhebliche Konkurrenz zwischen Argentinien, Rußland und Dänemark, welche letzteres Land stetig von den anderen vom englischen Marke verdrängt wird. Was dann? Die Bedingungen der Viehproduktion

seien im Osten wesentlich schlechter als im Westen. Man könne aber nicht ein besonders handelspolitisches System für Ost- und Süddeutschland und eins für den Osten schaffen. Umgekehrt seien für den Getreidebau im Osten günstigere Bedingungen vorhanden als im Westen.

Professor Serina

sagte, es sei unseren allgemeinen Lebensbedingungen durchaus entgegen, wenn man einen lädenlosen Zolltarif konstruierte, der das allgemeine Preisniveau in Deutschland erhöhe. Untragbar sei es vor allem, daß Veredelungsprodukte in großen Massen vom Auslande eingeführt würden. Dieser Zustand müsse beseitigt werden.

Abg. Graefe bedauerte, daß man nur theoretische Dinge vorbringe. Keiner der Herren aber habe ein Mittel zur Intensivierung angegeben. Um diese Frage rede man gesellschaftlich herum. — Abg. Freih. v. Nitschoten (D.-N.) führt zu den Darlegungen des Geheimrats Kaiser aus, die Landwirtschaft halte die Industriezölle in Anbetracht der Lage für notwendig und sei durchaus davon überzeugt, daß die Industrie geschützt werden müsse.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Die Neuregelung der Angestelltenversicherung

Annahme der Regierungsvorlage im Sozialausschuß. Berlin, 10. Juli. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages verhandelte über Neuregelung der Beiträge zur Angestelltenversicherung und Ausbaur der Gehaltsklassen. Unter Ablehnung kommunistischer, sozialdemokratischer und völkischer Anträge, die zum Teil den Arbeitgebern die gesamten Beiträge zur Angestelltenversicherung, zum Teil zwei Drittel dieser Beiträge auferlegen wollten, wurde von den die Regierung stützenden Parteien die Regierungsvorlage angenommen. Nur in Klasse A, in der es sich um Angestellte handelt, die 50 Mk. und weniger Monatsgehalt haben oder als Lehrlinge beschäftigt werden, wurde beschlossen, daß der Arbeitgeber die gesamten Beiträge zu leisten hat. In allen übrigen Klassen bleibt es bei der bisherigen gleichmäßigen Verteilung.

Ein Vertreter der Zentrumspartei erklärte, daß seine Partei daran festhalte, daß die Herausfindung der Versicherungssumme auf 8400 Mk. auf einer Aufwandsmehrheit des Auswärtigen beruhe, und daß die Zentrumspartei bei der zweiten Lesung des Entwurfs im sozialpolitischen Ausschuß den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wieder einbringen werde, wonach der Reichsarbeitsminister die Ermächtigung erhält, mit Zustimmung des Reichsrats die Versicherungssumme festzusetzen.

Abschluß der Tätigkeit des Aufwertungs-ausschusses.

Berlin, 10. Juli. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages hat heute mit der Feststellung des Berichts über seine Beratungen zum Gehe über die Ablosung von öffentlichen Anleihen seine Arbeiten abgeschlossen. Zu den Vorkängen auf der Börse hat der Aufwertungsausschuß nicht Stellung genommen.

Scheidemanns Rücktritt beschlossen.

Kassel, 10. Juli. Philipp Scheidemann tritt von seinem Posten als Oberbürgermeister von Kassel zurück. Begründet wird der Rücktritt mit seinem Magen- und Darmleiden, um dessen Willen er feinerzeit auch in dem Prose wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert nicht vor Gericht erschienen war. Scheidemann wird seinen dauernden Wohnsitz nach Berlin verlegen. Als Nachfolger Scheidemanns wird in erster Linie Regierungspräsident Dr. Stadler genannt, der der Sozialdemokratischen Partei angehört. Das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold will dem zurücktretenden Scheidemann einen Fidejucium bringen.

ohne irgendeine Absicht auf Eroberung oder Beherrschung. Wir wollen in Marokko nur Ruhe und Ordnung schaffen und werden die Tradition der Bevölkerung respektieren. Was die Friedensbedingungen betrifft, so können wir sie nicht veröffentlichen, da wir dadurch etwaige spätere Verhandlungen schädigen würden. Wenn Abd el Krim die französisch-spanischen Friedensbedingungen zurückweist, wird die Welt die wahren Absichten des Rufführers erfahren.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. Blum (Soz.): Wir können und wollen nicht gegen die Kredite stimmen, das könnte zu der Annahme führen, daß wir uns in Opposition gegen die Regierung befinden. Wir treten ein für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Rif-gebietes. Wir wollen kein Mißtrauen gegen die Friedensabsichten der Regierung zum Ausdruck bringen, denn eine Abstimmung gegen die Regierung könnte zu aufgeschaut werden, als ob wir sie aufforderten, Marokko zu räumen.

Die Kommunisten liehen hierauf erklären, daß sie im Gegensatz zu den Sozialisten für die vollkommene Räumung Marokkos eintreten. — Abg. Blum stellt fest, daß hierdurch die beiden Parteien sich voneinander scheiden. Die Sozialisten würden aber auch nicht für die Kredite stimmen, sondern sich der Abstimmung enthalten. Die Sozialisten müßten alles ablehnen, was irgendwie als imperialistisch bezeichnet werden könne. (wtd.)

Das deutsche Memorandum vom 9. Februar und die französische Note vom 16. Juni.

Von Graf Westarp.

Das „Memorandum“ des Auswärtigen Amtes über den Sicherheitspakt ist seinem Inhalt und Wortlaut nach erst gleichzeitig mit der Note vom 16. Juni bekannt geworden. Der unmittelbare Eindruck, der dadurch entstanden ist, hat wenigstens den einen Vorteil, daß sich der öffentlichen Meinung und den maßgebenden Politikern ein Vergleich der beiden Schriftstücke förmlich aufdrängt. Die dabei sich ergebenden Unterschiede, sowohl hinsichtlich des diplomatischen Charakters wie des materiellen Inhalts sind für die weitere Führung der Gespräche von noch größerer Bedeutung, als die unrituelle Frage, ob das Memorandum und sein Inhalt rechtzeitig bekannt gegeben ist, ob der damit getane Schritt sich rechtfertigen läßt und wer dafür verantwortlich ist. Denn es zeigt sich, daß die Note formell und sachlich auf einer ganz anderen Grundlage steht als das Memorandum und deshalb eine vollständig neue Situation geschaffen hat.

Vom Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund war in der Anregung des deutschen Außenministers mit keinem Worte die Rede. Das hatte auch darin seinen guten Grund, daß über diesen Eintritt schon längst besondere Verhandlungen mit dem Völkerverbund selbst schwebten, die in dem später eingegangenen Schreiben des Völkerverbundes vom 18. März fortgeführt worden sind. Obwohl nun die in diesem Schreiben gestellten Bedingungen, an die Deutschland seinen Eintritt knüpfen zu sollen glaubt, scharf abgelehnt sind, verlangt die Note den Eintritt und macht ihn zur Vorbedingung des Zustandekommens aller sonstigen zur Erörterung stehenden Verträge. Schon hierdurch wird der losen deutschen Anregung ein System von Vertragsschlüssen entgegengestellt, an das bei der deutschen Anregung überhaupt nicht gedacht worden ist, das aber zu großen Schwierigkeiten und Zweifeln Anlaß gibt. Denn da der Völkerverbund bereits alle Streitigkeiten seiner Mitglieder einem durchgebildeten Schiedsverfahren unterwirft, so entsteht sofort die Frage, was dann die besonderen Schiedsverträge erfassen sollen und wie die Zuständigkeiten abzugrenzen sind. Das sind Fragen, die der Außenminister nicht aufzuwerfen brauchte, da er vom Völkerverbund nicht sprach. Sie traten erst durch die französische Note in den Vordergrund, ohne in ihr, wie noch im Unterhaus bemerkt worden ist, geklärt zu sein.

Das nun die sachlichen Anregungen des deutschen „aide memoire“ betrifft, um deren Kritik, mag sie noch so berechtigt sein, es sich hier nicht handeln. So tritt ein grundlegendes Unterchied schon insofern hervor, als die französische Note aus den deutschen Anregungen, aus losen Gedanken, die von deutscher Seite wahrweise zur Erörterung gestellt worden sind, und von denen höchstens zugegeben wird, daß sie vielleicht kombiniert werden können, einen fest umrissenen, als eine unlösbare Einheit bezeichneten Plan gemacht hat, der die sämtlichen einzelnen Anregungen aufnimmt und zusammenfaßt. Das lag sicher nicht im Plane des deutschen Außenministers und die Zusammenfassung der losen und zerstreuten Gedanken der deutschen Anregung zu einem einheitlichen, als untrennbar erklärten, einem Diskurs ähnlichen Vorschlag ist nicht gerade ein Erfolg des deutschen Schrittes, der dessen Zweckmäßigkeit beweist. Jedenfalls steht Deutschland auch in dieser Beziehung seit der Note vor einer vollständig neuen Sachlage.

Ebenso wie die Anregung der Regierung Cuno im Jahre 1921 will die deutsche Anregung vom Februar dieses Jahres den Verzicht auf Kriege wegen der Befreiung an eine bestimmte Frist binden. Die französische Note lehnt die Frist ab. Der Unterschied ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil ein fristloser Verzicht auf jede Kriegsführung um der Befreiung willen einem grundsätzlichen Verzicht auf deren Revision durch freiwillige Wiederholung der erzwungenen Unterdrückung von Verfalltes erheblich näher kommt, als eine befristete Festlegung.

Als das deutsche Auswärtige Amt im Februar Schiedsverträge, wie sie in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden sind, zur Erörterung stellte, konnten nach dem damaligen Stande des internationalen Schiedswesens nur solche Schiedsverträge gemeint sein, die lediglich für Rechtsfragen einen bindenden Schiedsspruch, für politische Fragen, zu denen auch die territorialen Verhältnisse gehören, dagegen nur Verhandlungen einer unparteiischen Instanz vorsehen, die auf einen unerbittlichen Vergleichsvorschlag abzielen. Auch solche Schiedsverträge bedeuten praktisch eine schwere Demütigung, weil darin die Verpflichtung vorgegeben ist, bis zur Beendigung des Vergleichsverfahrens keine feindliche Handlung vorzunehmen. Aber sie enthielten in den politischen Grenzfragen keinen grundsätzlichen Verzicht. Daß der deutsche Außenminister nur Schiedsverträge in diesem beschränkten Sinne gemeint hat, ist den Mächten auf Rückfragen noch ausdrücklich mitgeteilt worden. Aus dieser deutschen Anregung macht nun die französische Note den Vorschlag von Schiedsverträgen, die in allen, auch den politischen Fragen, zu bindenden Rechtsprüchen führen sollen, an welche ein weitgehendes System von Zwangsmassnahmen geknüpft ist. Das geht sowohl aus dem Wortlaut der Note wie aus dem veröffentlichten französisch-englischen Schriftwechsel deutlich hervor. Schon diese von Frankreich vorgeschlagene Aenderung bedeutet in Wahrheit eine klare Ablehnung des vom Auswärtigen Amt angeregten Gedankens und

Annahme der Marokkokredite durch die französische Kammer.

Paris, 10. Juli. Die Kammer hat in ihrer Donnerstagssitzung, die bis gegen 1 Uhr nach Mitternacht dauerte, mit 441 gegen 20 kommunistische Stimmen die Marokkokredite angenommen. Die Sozialisten hatten sich der Stimmabgabe enthalten.

Nach der Rede des Abg. Renaudel ergriff Ministerpräsident Painlevé

das Wort und führte u. a. aus: Der Angriff Abd el Krims hat sich auf einem Gebiete vollzogen, das Frankreich regelrecht zugesprochen worden ist. Man hat es mit einem Waffenangriff der Misteute und mit einer sehr gut ausgebildeten und sehr mobilen Infanterie zu tun. Die Regierung hat nicht vernachlässigt, um den guten Verlauf des Kampfes sicherzustellen.

An zweiter Stelle behandelte Painlevé die Frage des Oberkommandos. General Kautin, dessen Ernennung kritisiert worden sei, sei ein junger, aber erfahrener Führer.

Schließlich sprach Ministerpräsident Painlevé von der Zukunft der marokkanischen Angelegenheiten. Er sagte hierüber: Wir haben mit Spanien in voller Seriosität verhandelt. Frankreich will einen gerechten und dauerhaften Frieden,